

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm), Andreas G. Lämmel, Klaus Hofbauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Andrea Wicklein, Doris Barnett, Engelbert Wistuba, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5607 –

Die wirtschaftlichen und arbeitsplatzschaffenden Erfolge der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nutzen – Regionales Wachstum und Beschäftigungseffekte intensivieren

A. Problem

Festhalten am grundgesetzlich verankerten Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse u. a. durch Fortsetzung von Wirtschaftsförderung strukturschwacher Regionen; Aufrechterhaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und seines Regelwerkes; Förderung von regional selbständig entwickelten Förderungsstrategien und -konzepten durch Bund und Länder; bessere Vertretung strukturschwacher deutscher Regionen auf europäischer Ebene und Vorbeugung ineffizienter Umverteilung; vermehrte Evaluierung von bisherigen Infrastrukturförderungsergebnissen.

B. Lösung

Annahme des Antrags.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5607 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Doris Barnett
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Doris Barnett

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/5607** wurde in der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Juni 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Nach Auffassung der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD soll die Bundesregierung am grundgesetzlich verankerten Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse festhalten. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) könne hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten, denn sie habe sich als erfolgreiches Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung erwiesen. Aufgrund der GA-Förderung wurden seit 1991 979 000 zusätzliche Dauerarbeitsverhältnisse in Deutschland geschaffen sowie 1,5 Millionen gesichert. Es wurden Investitionen von rund 197 Mrd. Euro angestoßen.

Die regionale Wirtschaftsförderung soll als eine der Prioritäten der Wirtschaftspolitik in Bund und Ländern gestärkt werden. Nach Meinung der Antragsteller müssen die Interessen der benachteiligten Wirtschaftsräume gemeinsam mit den Ländern auf europäischer Ebene besser vertreten werden, so dass auch in Zukunft Spielräume zur Förderung dieser Regionen verbleiben. Die demographische Entwicklung sowie die zunehmende Globalisierung verschärfen den Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze, so dass regionale Strukturpolitik auf strukturschwache Gebiete konzentriert werden sollte. Die Ergebnisse der Infrastrukturförderung müssten besser als bisher evaluiert werden. Die Regionen sollen ermuntert werden, selbst Entwicklungsstrategien und -konzepte zu entwickeln, um dadurch die eigenen Potentiale zu steigern.

Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, das erfolgreiche Konzept der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als Instrument der gezielten Regionalförderung für strukturschwache Regionen in Deutschland weiterzuführen und die regionale Wirtschaftsförderung als eine der Prioritäten der Wirtschaftspolitik in Bund und Ländern zu stärken, indem die Regionen ermutigt werden, regionale Entwicklungsstrategien und -konzepte aufzustellen, um die eigenen Potentiale zu stärken.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/5607 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 70. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 54. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 42. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 41. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Antrag wurde zunächst eingehend im Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ in seiner 7. Sitzung am 7. Juli 2007 und in seiner 8. Sitzung am 8. Oktober 2007 erörtert. Im Ergebnis empfahl der Unterausschuss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Koalitionsantrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/5607 in seiner 45. Sitzung am 10. Oktober 2007 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5607 zu empfehlen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Doris Barnett
Berichterstatlerin